



Antrag zur Weiterleitung an die Sozialdemokratischen Vertreter in den Verhandlungskommissionen zum Koalitionsvertrag sowie die sozialdemokratischen Hessischen Mitglieder des Deutschen Bundestages.

Der Ortsverein Sachsenhausen fordert die Vertreter unserer Partei in den Verhandlungskommissionen für den Koalitionsvertrag aber auch unsere Frankfurter Bundestagsabgeordneten auf, sich für den Klimaschutz und den Klimakanzler Olaf Scholz stark zu machen und sich für eine dauerhafte Reduzierung des Flugverkehrs einzusetzen, damit das Klimaschutzziel, den CO₂-Ausstoß auf 1,5° zu begrenzen, bis 2038 erreicht werden kann.

Allein im Bundesland Hessen, laut CO₂-Bericht des Hessisches Statistisches Landesamtes, sind 30% aller CO₂-Emissionen in Hessen dem internationalen Luftverkehr zuzurechnen. Im Gegensatz zum Straßenverkehr, dessen CO₂-Emission trotz Zunahmen des hessischen Fahrzeugbestandes seit 1990 um 0,5% zurückgegangen sind, sind im gleichen Zeitraum in Hessen die CO₂-Emission verursacht durch den Luftverkehr mit 14,6 Millionen Tonnen um 70% gestiegen. Seit dem Jahr 2015 entspricht der CO₂-Ausstoß des Luftverkehrs der Summe des Schienen- und Straßenverkehrs einschließlich der Binnenschifffahrt in Hessen, und ist damit gleichzeitig höher als die jeweiligen CO₂-Emission aller hessischen „Haushalte, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen“.

Es reicht nicht, die Menschen auf Fahrräder zu setzen und Elektrofahrzeuge zu subventionieren, aber die jährlichen Subventionen in Höhe von 12 Milliarden Euro für den Flugverkehr nicht anderweitig einzusetzen. Der marktwirtschaftlichste Weg, die Nutzung des schmutzigsten Verkehrsmittels auf das Notwendigste zu beschränken, ist die Beendigung aller staatlichen Subventionen. Mit diesen eingesparten Kosten können ausreichend luftverkehrsunabhängige Arbeitsplatzinvestitionen für die Menschen getätigt werden. Unser Ortsverein hat schon vor und im Wahlkampf aufgezeigt, dass wir um die Flughäfen für die Menschen vom Luftverkehr unabhängige Arbeitsplätze schaffen müssen.

Einstimmig beschlossen durch den Ortsvorstand am 9. November 2021